

Rheinische Nachrichten

Braubacher Zeitung — Anzeiger für Stadt und Land

Mittagszeitung im Kreise St. Goarshausen.

Erscheint täglich

mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Inserate pro 6gespaltene Zeile oder deren Raum 40 Pf. Reklamenzeile 1,— M.

Amtsblatt der

Verantwortlicher Redakteur: A. L. e. m. b.

Geschäftsstelle: Friedrichstraße Nr. 13

Redaktionschluss 10 Uhr vormittags.

Fernsprecher Nr. 30.



Stadt Braubach.

Druck und Verlag der Buchdruckerei von A. L. e. m. b. in Braubach.

Postfachkonto Nr. 7639 Frankfurt/Main.

Bankkonto: Nassauische Landesbank.

Bezugspreis

monatlich 3,— Mark,

durch die Post bezogen vierteljährlich 9,— Mark,

von denselben frei ins Haus geliefert 9,45 M.

Nr 167

Braubach a. Rhein, Mon'ag, den 2. August 1920.

30. Jahrgang.

Vertrauen.

Unser parlamentarischer Mitarbeiter schreibt:
Ein Laie Fortschritt. Wir behaupten ihn nicht. Wir wollen in Spa gemacht zu haben und wir können jetzt hinzusetzen, daß der Reichstag ihn dem Kabinett Fehrenbach gegenüber nach der Konferenz von Spa gemacht hat. Der Beschluß, mit dem man die Herren Fehrenbach und Simons nach Spa gehen ließ, konnte an Objektivität des Inhalts kaum überboten werden. Der Beschluß, den man ihnen jetzt nach ihrer Rückkehr mit auf den weiteren Lebensweg gegeben hat, vermeidet zwar noch ausdrücklich von Vertrauen zu sprechen, er billigt aber wenigstens schon die Gründe, aus denen die Herren ihre Unterschriften hergegeben haben und läßt insoweit also erkennen, daß die Regierungsparteien, wenn sie selbst in Spa die Entscheidung zu treffen gehabt hätten, genau ebenso gehandelt haben würden, wie unsere Delegierten. Mehr noch, in der gleichen Weise, wie die Regierungsparteien haben auch die Sozialdemokraten, die vor Spa noch eine sehr weitgehende Zurückhaltung übten, ihre Stimmen für das Kabinett abgegeben. Die Minderheitsregierung hat sich also in eine wackelnde Mehrheitsregierung verwandelt und kann nun, was die innerpolitischen Verhältnisse betrifft, wohl einigermaßen beruhigt in die Zukunft sehen.

Freilich, es hat in der dreitägigen Reichstagsdebatte über Spa Augenblicke gegeben, in denen man um das Schicksal unseres Außenministers, des führenden Mannes der deutschen Delegation, einigermaßen besorgt sein konnte. Er mochte sich vielleicht schon etwas zu sehr auf den guten Eindruck verlassen haben, den seine ungemein sympathische Erscheinung, sein gerades, offenes Wesen, sein sicheres Gefühl für Wahrheit und Gerechtigkeit und Bornehmtheit auf allen Seiten gemacht hatte und aus diesem Grunde seine Rede allzu sehr auf die Wirkung im Ausland eingestellt haben. So kam es, daß er in dem Bestreben, unsere Gegner herüber für eine möglichst glimpfliche Behandlung des Deutschen Reiches zu gewinnen, etwas gar zu stürmisch darauf losging, nach Osten und nach Westen, nach Norden und nach Süden Lebenswürdigkeiten auszusandte und sie noch dazu mit allerhand Unfreundlichkeiten gegen Ministerkollegen, gegen die Reichswehr, gegen Reichsbehörden empfindete, die hierzulande selbstverständlich höchst unliebsam empfunden werden mußten. Die unausbleibliche Gegenwirkung stellte sich auch prompt mit ungehämelter Heftigkeit ein. Herr Dr. Simons wollte gutmachen, soviel ich gutmachen ließ, allein das Echo wurde nur noch schroffer, nur noch feindseliger, und man glaubte schon, daß dem „24-Stundenheld“, wie der allzeit höfliche Vorwärts sich ausdrückte, das Ende der Reichstagsdebatte über Spa kaum noch erleben werde. Aber Dr. Simons blieb ruhig und unerschütterlich auf seinem Posten, ließ seinem ersten Redezug nach, sogar noch einen zweiten folgen.

wußte ihm ad. durch würdige Haltung, durch offenes Eingeständnis der begangenen Fehler, jeden beschämenden Charakter so gründlich zu nehmen, daß auch seine schärfsten Widersacher sehr bald verstimmt. Selbst aus den Reihen derjenigen Partei, der der Außenminister politisch wohl am nächsten steht, fehlte es nicht an Widerspruch, und wenn man will, auch an Tadel. Er wurde aber von Herrn Dr. Stresemann in so achtungsvoller Manier vorgebracht, daß es lächerlich gewesen wäre, daraus irgendwelche persönlichen Konsequenzen zu ziehen. Wenigstens Herr Dr. Simons ist in das wohltemperierte Vertrauensvotum für die Regierung ohne jeden Vorbehalt mit einbezogen worden, und man darf es, ohne daß es ausdrücklich gesagt wurde, als den dringenden Wunsch nach Reichsmedaille bezeichnen, daß dieser Minister bis auf weiteres, unter allen Umständen dem Reichsdienst erhalten bleibt.

Haben die Mehrheitssozialisten sich in diesen Tagen den Regierungsparteien genähert und dadurch zu den Gerüchten Anlaß gegeben, sie seien nunmehr bereit, auch offen wieder in die Regierung einzutreten, so hat auf der anderen Seite das freundliche Verhältnis zwischen den beiden rechtsstehenden Parteien einige Trübung erfahren. Die Deutschnationalen hielten es für richtig, das Ergebnis von Spa einer sehr scharfen Kritik zu unterziehen, und das zum Teil in Worten zu tun, die auf der Regierungsbank unangenehm tief verletzen mußten. Man merkte das sofort an der großen Erregung, mit der der Reichskanzler Herr Professor Höpff entgegentrat, und man merkte es noch deutlicher an der schneidenden Schärfe, die der Vizekanzler gegen Herrn Bergt ausbot. Die eigentlichen Leidtragenden waren aber natürlich die volksparteilichen Bundesgenossen, von denen Herr Stresemann selbst sagen mußte, daß sie in ihrer großen Weisheit mit dem Abkommen von Spa gleichfalls nicht zufrieden seien. Trotzdem sind sie zu einem Ja gelangt, während die Deutschnationalen das Nein für die unter solchen Umständen einzig richtige Entscheidung hielten. Wären die Volksparteiler mittlerweile nicht in die Regierung eingetreten, sie hätten sicherlich die gleiche Schlussfolgerung gezogen. So aber drängt sie die Logik der Tatsachen immer weiter der Mitte zu, während die Deutschnationalen sich abermals ziemlich isoliert sehen. Das Vertrauen ihrer Wählerkreise werden sie darum wahrscheinlich durchaus nicht einbüßen, die Regierung aber hat alle Ursache, mit dieser vorläufigen Entwicklung der Dinge zufrieden zu sein.

So scheinen, während der Reichstag schon wieder in die Ferien gehen will, die Dinge einstweilen wenigstens leidlich geordnet zu sein. Wer aber möchte dafür bürgen, daß wir nicht abermals vor einer gänzlich veränderten Lage stehen werden, wenn der Reichstag, sei es im September oder im Oktober, sich wieder zusammensindet?

Eine Warnung der „Iswestija“.

Der Gegensatz der Menschewisten zu den Bolschewisten wird immer härter, und die bolschewistische Presse richtet daher häufig an die Regierung die Mahnung, schärfer gegen alle bolschewistenfeindlichen Strömungen vorzugehen.

Auf einem Parteikongreß der Menschewisten hat der Genosse Deutsch die Ansicht ausgesprochen, daß der Zeitpunkt für eine Umwandlung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung in eine kommunistische noch nicht gekommen sei und ein Zusammenstoß mit den bolschewistischen Ideologen für die Menschewisten daher ausgemessen erscheine.

Gegen diese Äußerung wendet sich das bolschewistische Blatt „Iswestija“ in einem Artikel, in dem es unter anderem beifügt:

„Nicht genug mit einer solchen Äußerung, erleben wir es jetzt sogar häufig, daß auf Versammlungen zur Erörterung des wissenschaftlichen Marxismus verschiedene Redner eine überaus scharfe Kritik an dem Sowjetregime üben. Man fragt sich unwillkürlich, was sich unsere Regierung dabei denkt, wenn sie solche Versammlungen von erklärten Feinden der Sowjetregierung öffentlich zuläßt?“

„Glaubt die „Iswestija“ wirklich durch Einschränkung der ohnehin kümmerlichen Versammlungsfreiheit in Sowjetrußland die Ausbreitung der antibolschewistischen Strömung verhindern zu können?“

Bermischtes.

Aus der Geschichte der Obrieger. Auch die Obrieger hat ihre Geschichte. Wenn man dieser Geschichte auf den Grund geht, muß man sich wundern, daß gerade die leichteste der Körperverletzungen dem auf Ehre haltenden Mann als die schwerste Beleidigung gilt. Einen Fingerzeig für die Erklärung dieser scheinbaren Anomalie gibt vielleicht die Geschichte des Mittelalters. Der Ritter kämpfte in einer Rüstung, in seinen Körper vollständig verdeckt, und trug auf dem Kopfe einen Eisenhelm, dessen Visier gleichzeitig das Gesicht schützte, so daß es nicht leicht war, dieses durch Stoß oder Hieb zu treffen. Die Bauern dagegen waren dieser Gefahr viel eher ausgesetzt, weil sie ohne jeden Schutz des Gesichtes kämpften, das also Hieben oder Stößen schutzlos ausgesetzt war. So ergab es sich ganz von selbst, daß derjenige, der einen Schlag ins Gesicht erhielt, das Gesicht hatte, zum Bauer degradiert zu sein.

In welchem Alter soll man heiraten? Der vorstehende französische Dramatiker Victorien Sardou beantwortete einmal die Frage, in welchem Alter man heiraten soll, mit den Worten: „Wenn man jung ist, ist es zu früh, und wenn man alt ist, ist es zu spät. Die Zwischzeit ist dazu da, sich die Sache reiflich zu überlegen.“

Die Glücksucher.

Roman aus der Vorkriegszeit von Heinrich See.

(Nachdruck verboten.)

22. Fortsetzung.

Ihre Augen waren auf die Straße gerichtet, in der leuchtendsten Erwartung, Vincent bald neben zu stehen, aber er kam nicht und sie begriff, welche Umständlichkeiten ihm der Tod des Fremden auf die Schultern geladen haben würde. Dagegen erblickte sie jetzt zu ihrer Überraschung ihre Mutter. Sie kam allein und schien über irgend etwas affiziert zu sein. Herta eilte ihr entgegen. „Herr von Speffart ist hier gewesen, er hat mit dir gesprochen?“ begann die erregte Frau. — „Ja, Mama“, erwiderte sie heiter, „aber erlaube, dein Gut ist schön.“ — „Und du bist ihm nicht aus dem Wege gegangen?“ — „Es war mir nicht möglich und dann — Herr von Speffart hat diesmal einen so erschreckenden komischen Eindruck auf mich gemacht, daß es wahrhaftig schade darum gewesen wäre. Sogar mein Kopfschmerz ist mir dabei vergangen.“

Frau Geheimrat Oberdörffer bot, als sie jetzt ihr Kind betrachtete, das Bild eines schlaffen Erstausens.

„Komisch?“ wiederholte sie. — „Ja, Mama — komisch!“ Und weist du, was die Leute hierzulande für ein Sprichwort haben? Es lautet: „Das Komische tötet!“ Ich bin geheilt, Mama!“

Die Geheimrätin faltete die Hände und warf unter dem Hut, den ihr die Erregung so tief gedrückt hatte, einen Blick zum Himmel. „Lieber Gott, habe Dank!“ sagte sie fast weinlich.

Einer Augenblicke lang schaute Herta das Verlangen, der Mutter die ganze Wahrheit zu gestehen, aber sie dachte an den Vater, und es begraben ließ.

Professor Solstedt ruhte nun in der kalten Erde. Er hatte es selbst so bestimmt, daß man seinen Leichnam nicht erst in die Heimat führen sollte, sondern daß er zur Beerdigung weiterer Umstände drüben auf dem Friedhof an der Landstraße still in die Grube gesenkt würde. Nur drei Menschen waren dem einfachen schwarzen Wagen mit dem Sarge gefolgt — Vincent, Herr Valourdin und der Geistliche. Vincent machte sich nachträglich Vorwürfe, daß er nicht auch noch Hector von der Beerdigung benachrichtigt hatte. Doch hatte er das im Drange der Befürsorgungen, die ihm durch das Hinscheiden des Fremden erwachsen, übersehen und er holte das Verläumde wenigstens insofern nach, als er seinen Gönner, sobald er von dem frischen Grabe zurückkam, von dem Todesfälle schriftlich in Kenntnis setzte.

Herr Valourdin hatte ihm dann noch einen offenen, aber nur angelegenen und durch die Aufschrift an ihn bestimmten Brief übergeben, den der Freund an jenem letzten Abend kurz nach seinem Weggange noch begonnen, aber nicht mehr hatte vollenden können, da ihm keine fortschreitende Schwäche die Feder aus der Hand nahm. Was der Freund mit diesem Briefe an ihn noch gewollt hatte, konnte Vincent aus den wenigen Worten nicht ersehen, nur so viel ließ sich daraus schließen, daß es sich um eine letzte Bestimmung wegen seines Sohnes dabei handelte. Damit im Zusammenhang machte auch ein anderer Brief stehen, den, wie Vincent von Herrn Valourdin erfuhr, der Sterbende unmittelbar vor diesem unvollendeten Bruchstücke abgeliefert und den der Wirt auf seinen Wunsch auch noch sofort hatte befrachten lassen. Aber den Adressaten dieses anderen Briefes konnte aber Herr Valourdin keine Auskunft geben, da die Aufschrift in deutscher Sprache lautete. Nur soviel ergab sich also daraus, daß der Brief nach Deutschland abgegangen war. Heute war der Tag gekommen, wo Vincent in aller Form vor Hertas Mutter treten wollte, um der Geliebten Hand zu erbitten. Endlich

am getragenen Abend hatte er mit Herta noch eine heimliche Unterredung gehabt, die zur Folge hatte, daß Herta noch vor dem Schlafengehen die Mutter auf seine Werbung vorbereiten sollte, um ihm morgen in aller Frühe die Zeit bestimmen zu können, wann er sich bei der alten Dame einzufinden hätte. Das war geschehen und Herta verhehlte ihm auch nicht, als sie sich in der schönen frühen Morgenstunde wieder an derselben Stelle in dem hinter dem Hause liegenden Teil des Parks trafen, wo sie nun so oft schon die gegenseitige Sehnsucht ausmangelnd hatte, daß die Mutter über ihre Mitteilung förmlich aus den Wolken gefallen war.

„Wie hätte sie es auch ahnen sollen!“ sagte sie lächelnd zu ihm. „Sie müssen Rücksicht mit ihr haben. Sie kennen sie ja noch zu wenig. In allen Dingen war sie daran gewöhnt, auf meinen letzten Vater zu hören und man setzt sich eben, so oft ein wichtiger Beschluß an sie herantritt, ihre Unselbstständigkeit. Dann fürchtet sie sich förmlich vor dem entscheidenden Schritt. Sie sind ihr noch ein Fremder, und so hat sie allerhand Bedenken, ob sie mich Ihnen anvertrauen darf. Sie will sich erst noch zuvor mit Tante Steinhöfel beraten, mit der sie sonst immer im Kampfe liegt. Freilich, sie hat auch noch einen anderen Grund dazu. Es ist so peinlich, daß ich Ihnen davon sprechen muß. Sie rechnet nämlich damit, daß mit Tante Steinhöfel, die ja eigentlich doch gar nicht meine Tante, sondern nur meine Patin ist, eine Mitgift ausgedacht hat und daß sie deshalb von ihr bei der Verlobung über Ihren Antrag nicht übergangen werden darf. Doch das sind ja alles nur Formalitäten. Nicht wahr, Sie denken darüber so wie ich.“

Fortsetzung folgt.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

- * Nach dem Gesetz über die Entwaffnung der Zivilbevölkerung muß jene bis zum 1. Januar 1921 durchgeführt sein.
- * Die Reichsregierung hat die Haftentlassung und Abreise Bela Khuns genehmigt.
- * Die Preise für die verschiedenen Braunkohlensorten werden mit Wirkung vom 1. August um durchschnittlich 15% herabgesetzt.
- * Ein deutschnationaler Antrag im Reichstag verlangt die Aufhebung der Fernsprechzwangsankelbe.
- * Die Völkervereinigung hat sich entschieden, den Termin für die Abstimmung in Oberschlesien baldigt bekanntzugeben.
- * In die belagerte Kammer drang ein Demonstrationstrupp von Kriegsbekämpften gewaltsam ein, wobei es zu Schlägereien mit den Abgeordneten kam.
- * Die holländische Erste Kammer hat das Kreditabkommen mit Deutschland genehmigt.
- * Auf ihrem weiteren Vormarsch haben die russischen Deere Bialystok besetzt.

Deutschlands Kohlenversorgung.

Die Wirkungen von Spa.

Ende September oder Anfang Oktober werden wir, so teilt der Reichskohlenkommissar im Ausschuss des ihm zur Seite stehenden Rates mit, klar sehen können, ob wir die in Spa übernommenen Kohlenverpflichtungen überhaupt erfüllen können und wie die deutsche Industrie dabei fahren wird. Vorläufig liegen, so fuhr er fort, zwei Pläne vor, der Vorschlag der Reichsregierung und ein anderer von der Entente. Der letztere sieht eine ungewöhnliche Verteilung der Kohle vor; sie sollen deshalb miteinander ausgeglichen werden. Aber wir werden uns Abstriche in der Lieferung gefallen lassen müssen; die Eisenbahnen z. B., die auf 21 bis 40 Tage Vorrat haben, erhalten nur ihren Bedarf.

Der Hausbrand

schält einstmals wie die Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke wie bisher 55%, doch muß er mit der Zeit ganz und gar auf Braunkohle umgestellt werden. Die Versorgung ist zunächst in Ausfuhr, die ohnehin stark eingeschränkt ist und gerade noch den vertraglich festliegenden Mindestlieferungen an die Schweiz und Holland nachkommt. So trifft die ganze Last des Abkommens von Spa die Industrie und Härtensachen in einem Abbruch von 841 000 Tonnen Steinkohle und 96 000 Tonnen Braunkohle. Dieser auf die Dauer untragbare Kürzung wäre durch bessere Ausnutzung der Brennhöfe und der Braunkohle zu begegnen. Eine größere Förderung von Steinkohle ist aus verschiedenen Gründen, namentlich auch, weil wegen Mangels von Wohnungen die Zahl der Verbraucher nicht vermehrt werden kann, nicht gut zu erwarten. Auch die Industrie wird sich, soweit sie in praktisch erreichbarer Nähe der Braunkohlereviere liegt, auf sie umstellen müssen. Für die Großindustrie liegt solche Maßregel allerdings kaum im Bereiche der Möglichkeit. Vor allzu großen Hoffnungen auf die

Verwendung der Braunkohle

glaubt der Reichskohlenkommissar ausdrücklich warnen zu müssen. Wir könnten sonst bitteren Enttäuschungen entgegengehen. Die Braunkohlenförderung wurde noch behindert durch das mangelhafte Transportwesen. Die Kohrausfuhr werde aber bis zum 15. September d. J. auf jede Entfernung freigegeben. Der Reichseisenbahnminister habe sich bereit erklärt, dafür Sorge zu tragen, daß während der nächsten drei Jahre der Braunkohlenabzug auf 150 Kilometer ganz freigegeben wird.

Die Kohle wird teurer!

Das Rheinisch-westfälische Kohlenyndikat hat eine Erhöhung der Kohlenpreise um 25 Mark die Tonne in Aussicht genommen. Er bezieht sich mit Folgendem: 1. 14 Mark für verstärkten Heimstättenbau, 2. 9 Mark zur Übernahme der seit Juni anläßlich einer Lohnsteigerung einmweilen vom Reich kreditweise herabgebrachte 4 1/2 Mark je Sack für Lebensmittelbons, 3. 1.80 Mark bzw. rund 2 Mark zur Rückzahlung der zu Nummer 2 genannten schon ausgegebenen Beträge an das Reich.

Die Reichsregierung hat dazu erklären lassen: Das allgemein wirtschaftliche Interesse läßt zurzeit eine Kohlenpreiserhöhung nicht zu. Wird sie beschloffen, so ist gegen diesen Beschluß der gesetzliche Einspruch zu erheben. Die Reichsregierung werde aber für den Vergarbeitsheimstättenbau sofort 300 Millionen Mark im Wege des Kredits bereitstellen und auf die Rückzahlung der oben zu Punkt drei genannten Beträge verzichten. Die verbleibenden 9 Mark des Antrages würden die Besen ab 1. August selbst ohne Preiserhöhung tragen können aus drei Gründen: Erstens, weil die Materialpreise in den letzten Monaten stark gesunken seien und sich dadurch die Selbstkosten ermäßigen würden; zweitens, weil die Förderungen steigen und auch dadurch die Selbstkosten sinken würden; drittens, weil die meisten Besen bisher schon gute Gewinne aus Nebenbetrieben erzielt hätten.

Nunmehr liegt ein vorläufiger Beschluß der interessierten Verbände vor, angelehnt an das Angebot des Heimstättenkredits nur noch neun Mark Preiserhöhung zu fordern. Dagegen hat die Reichsregierung Einspruch erhoben. Die Verhandlungen gehen deshalb noch weiter.

Deutscher Reichstag.

(14. Sitzung.)

4. Berlin, 30. Juli.

Die Tagesordnung der heutigen Sitzung war sehr umfangreich. Zuerst in

Kurze Anfragen

erledigt. Ihre Zahl belief sich auf mehr als 40. Ein erheblicher Teil von ihnen mußte abgelehnt werden, weil die Fragesteller nicht anwesend waren. Unter den Anfragen, die beantwortet wurden, befanden sich mehrere von allgemeiner Bedeutung. So fragte der Abg. Frhr. v. Kercker (D. Sp.) nach Maßnahmen, um die Freigabe von einigen Hundert in Argon zurückgehaltenen deutschen Kriegsgefangenen durchzuführen. Die Antwort darauf lautete, daß nach dem Friedensvertrage den Ententemächten das Recht der Zurückhaltung zustehe. Die deutsche Regierung sei dennoch für möglichst baldige Zurückführung der in Frankreich sich noch befindenden Kriegsgefangenen bereits eingetreten. Weiter fragte die Abg. Frau Schuch (Soz.), ob der Reichsregierung angelehnt der Notlage vieler unbemittelter kurz vor Abschluß ihres Studiums stehender Studenten Beihilfen gewährt werden könne. Staatssekretär Schulz erwiderte, daß in den Ländern bereits entsprechende Maßnahmen getroffen worden seien oder in Vorbereitung sich befänden. Die Reichsregierung aber wolle nicht eingreifen. Besondere Beachtung fand eine Anfrage zu, die der Abg. Rauch (Deutsche Sp.) gestellt hat. Die Anfrage wies auf den Beschleiß der brasilianischen Regierung hin, etwa 3000 Deutschen

Auswanderern nach Brasilien

zur dauernden Niederlassung in Brasilien die Überfahrt zu bezahlen. Die brasilianische Regierung war aber nicht mit den deutschen Regierungsorganen, sondern mit der Wirtschaftvereinigung für Brasilien in Hamburg in Verbindung getreten. Die Werbetätigkeit dieser Vereinigung veranlaßte zahlreiche Familien aus dem Inlande nach Hamburg und Bremen zu reisen, wo dann bekannt wurde, daß die Auswanderung mit den Mitteln einer fremden Regierung genehmigt nicht erfolgen darf. Die nicht zur Auswanderung gelangten Leute sind in den bezeichneten Städten dem größten Elend überantwortet und beinahe völlig zur Verzweiflung gebracht. Was gedenke die Reichsregierung auf Änderung dieses unhaltbaren Zustandes zu tun?

Regierungsrat v. Jacobi: Die geschützten Vorkänge sind der Reichsregierung bekannt. Es ist sehr zu bedauern, daß die Familien den überall bekannt gemachten Warnungen des Reichsauswanderungsamtes vor überstellten Vorbereitungen zur Auswanderung nicht Gehör schenken, sondern aus Mangel an Erfahrung und in Unkenntnis der Schwierigkeiten sich selbst durch vorläufiges Handeln ins Unglück gebracht haben. Die Reichsregierung hat sich für in Not geratenen Familien durch besondere Maßnahmen angenommen, so daß die Beteiligung der in der Anfrage hervorgerufenen Zustände bald zu erwarten ist.

Nachdem zwei Stunden für die Erledigung der kurzen Anfragen aufgewendet waren, kam man zu der Interpellation an Korrel (Dem.) über die Zustände in den besetzten Gebieten des Rheinlandes. Dazu ließ die Regierung sagen, daß die Interpellation in der geschäftsordnungsmäßigen Form beantwortet werden würde. — Sodann wurden einige kleinere Vorlagen erledigt, und hierauf kam man zu dem Gesetz über die

Abschaffung der allgemeinen Wehrpflicht.

Entsprechend dem Abkommen von Spa enthält dieses kleine Wehrgesetz im Gegensatz zu dem eigentlichen Wehrgesetz, das erst im Herbst den Reichstag beschäftigen soll, die Abschaffung der allgemeinen Wehrpflicht. Ferner legt die Vorlage fest, daß die Reichswehr nur aus Freiwilligen besteht.

Lärm links.

Zuerst sprach der Abg. General von Gallwitz (Deutsche). Er betonte, daß sachliche Gründe für die Abschaffung der allgemeinen Wehrpflicht nicht vorliegen. Man wolle nur den moralischen Druck ausüben. Es solle die letzte Siegesfanfare über die unterdrückte alte deutsche Armee sein. Schon bei diesen Worten des Redners erhob sich bei den Unabhängigen großer Lärm. Als dann General von Gallwitz erklärte, es ist meinen Freunden ein Bedürfnis, des ruhmreichen alten Heeres zu gedenken und seiner hundertjährigen ruhmreichen Geschichte, gingen die Unabhängigen an zu toben. Unter anderem riefen sie dem Redner zu: „Endlich gibt es freie Meinungen.“ „Ich sehe im Geiste“ fuhr der Redner fort, „noch einmal die ungezählten Millionen, die das Waffenfeld getragen haben. Diejenigen, die ihre Blüthe getan haben, haben ihre Soldatenseit in guter Erinnerung. Ich denke an die alten Kameraden, die das Wort „ich diene“ treu erfüllt haben. Wohl denen, die draußen unter dem Regen liegen und den Niedergang des Reiches nicht mehr erlebt haben.“ Hier wurde der von den Unabhängigen verursachte Lärm so groß, daß der Redner seine Ausführungen unterbrechen mußte. Die Abgeordneten Ledebour und Hoffmann sprangen erregt auf die Rednertribüne zu und schrien dem Redner zu: „Sie sind schuld an dem Zusammenbruch. Sie sind der Fluch der Witwen und Waisen.“ Die Rechte antwortete darauf mit Entrüstungsrufen. Als der Lärm sich einigermaßen gelegt hatte, erklärte General v. Gallwitz: „Es ist ein Akt der Biederkeit, wenn wir jetzt von dem alten deutschen Heere Abschied nehmen. Ich gehe noch einmal im Geiste die alten ruhmbezüglichen Fahnen, der Donner der Geschütze hallt noch einmal wieder. Preis und Heil dem alten deutschen Heere, der alten Marine und unserem herrlichen Deutschen Reich.“ Hier brach die Rechte in stürmischen Beifall aus, während die Unabhängigen nochmals tobenden Lärm verursachten. Verschiedene Mitglieder der Unabhängigen Fraktion sprangen wie wild umher und riefen immer wieder: „Nieder mit dem Heere! Nieder mit dem Militarismus!“

Bei den Ausführungen des nächsten Redners, des Abgeordneten Dr. Rosenfeld (Unabh.) verließ die Rechte der Saal. Der Redner erklärte, daß er und seine Parteigenossen sich über die Abschaffung der allgemeinen Wehrpflicht freuen, denn sie habe erst den Militarismus möglich gemacht.

Abg. v. Kardorff (D. Sp.) erklärte: Wir stimmen dem Entwurf zu, aber mit bitterem Empfinden. Der Friedensvertrag, der die Aufhebung der allgemeinen Wehrpflicht verlangt, ist auch hier ein Bruch von Treu und Glauben. Angehlich hat man den Kampf geführt gegen den Deutschen Militarismus, man hat ihn erlitten durch den französischen

Nach weiteren Äußerungen der Abgeordneten Dr. Schäding (Dem.), Schöllin (Soz.), Daas (Dem.), Derschel und Leicht (Centr.) nimmt nach der Reichswehrminister Dr. Gessler das Wort. Er erklärte in der Hauptsache, daß die Forderung der Abschaffung der allgemeinen Wehrpflicht gegen das Selbstbestimmungsrecht der Völker verstoße. Die Abschaffung sei uns aber durch den Friedensvertrag auferlegt.

Das Wehrgesetz wurde hierauf in allen drei Lesungen angenommen. Dagegen stimmten die Deutschnationalen und die Deutsche Volkspartei. Die Deutsche Volkspartei, wie der Abg. Dr. Becker erklärte, „nur aus Versehen“.

Grenzübertritt polnischer Truppen.

Entwaffnung und Internierung.

Was voraussehen war, ist inzwischen geschehen. Teile der von der Roten Armee geschlagenen und zerstreuten polnischen Nordarmee mußten sich der deutschen Grenzwehr in Oberschlesien ergeben.

Gegen Abend erlitten plötzlich 40 polnische Offiziere und 2000 polnische Soldaten an der Ostgrenze, von Kratochewitz kommend und sammelten sich am deutschen Schlagbaum von Prokitten. Aufeinander waren sie sich nicht darüber schlüssig, ob sie auf deutsches Gebiet übertreten sollten oder nicht. Der Kommandeur der Sicherheitspolizei forderte sie auf, den Übertritt in kleinen Gruppen vorzunehmen, falls sie überhaupt vor der Dunkelheit noch hindurchkommen dürften. Es erfolgte dann in der Tat der Übertritt der polnischen Truppen. Sie wurden entwaffnet und im Internierungslager von Arns untergebracht. Schwierigkeiten ergaben sich dabei nicht.

Die Unterbringung ist nur eine vorläufige. Es ist geplant, die Polen von dort über See nach dem inneren Deutschland abzubefördern. Da uns der Schiffsraum hierfür fehlt, ist der Vorsitzende der deutschen Delegation in Paris ersucht worden, den nötigen Schiffsraum zum Weitertransport der internierten Truppen anzufordern. In der Frühe des folgenden Tages erhielten am Schlagbaum von Prokitten eine bolschewistische Schwadron. Sie erklärte, sie wolle die deutsche Grenze nicht überqueren und verschwand kurz darauf. Weitere polnische Übertritte werden erwartet. Es streifen nahe der Grenze zahlreiche Truppen umher. Schwache bolschewistische Kavallerie wird in Richtung auf Tomza und Rojno gemeldet.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

+ Zur Entwaffnung der Zivilbevölkerung. Der Entwurf über die Entwaffnung der Zivilbevölkerung ist dem Reichstage zugegangen. Die Ablieferung der Waffen muß bis zum 1. Januar 1921 erfolgt sein. Der Entwurf bestimmt, welche Waffen abzugeben sind. Wiederverhandlungen werden bestraft. Es handelt sich um Gewehre, Maschinengewehre, Minenwerfer, Flammenwerfer, Geschütze und Waffenteile. Revolver zur eigenen Sicherheit können nach Lösung von Waffenscheinen im Besitze von Zivilpersonen sein. Die Abgabe der Waffen erfolgt nach Angabe des Reichskommisars unter Mitwirkung parlamentarischer Kommissionen, die aus den Parteien gebildet werden. Alle Personen, die bis zum Schluß des Jahres verborgene Waffen abgeben, werden amnestiert, da das Halten von Waffen bekanntlich verboten ist. Der Reichspräsident wird einen Erlaß an die Bundesräte in Sachen der Entwaffnung veröffentlichen.

+ Vom parlamentarischen Untersuchungsausschuss. Der neu zusammengesetzte parlamentarische Untersuchungsausschuss des Reichstags war sich in seiner ersten Sitzung darüber einig, daß öffentliche Vernehmungen vor dem Wiederauftreten des Reichstags im Herbst nicht möglich seien und daß die Pause dazu benutzt werden sollte, um die Vorarbeiten weiter zu fördern. Der Ausschuss gelangte zu dem Ergebnis, die Leitung in vier Unterausschüsse, die sich im wesentlichen bewährt hat, beizubehalten.

+ Abreise Bela Khuns. Amlich wird mitgeteilt: Am 20. d. Mts. ist der Transport kriegsgefangener Russen, bei dem sich zwei politische Persönlichkeiten, darunter Bela Kun, befanden, in Steititz angehalten worden. Am 22. d. Mts. hat der ungarische Vertreter in Berlin angekündigt, daß die ungarische Regierung einen Antrag auf Auslieferung Bela Khuns stellen werde. Seitdem ist eine Woche verstrichen, ohne daß der Antrag bei der deutschen Regierung eingegangen wäre. Da es nicht angängig erschien, den vorläufig in Haft genommenen Personen ohne rechtliche Grundlage weiter die Freiheit vorzuenthalten, hat die deutsche Regierung beschlossen, die Abreise Bela Khuns und seiner Begleiter in das von ihnen selbst gewählte Auslands nicht länger zu verhindern.

+ Der Steuerabzug. Auf wiederholte Anfragen bezüglich der Auslegung des Artikels 2 des Gesetzes über die ergänzende Regelung des Steuerabzuges vom Arbeitslohn wird von amtlicher Stelle folgendes mitgeteilt: Die bis zum 1. August gemachten Abzüge können auf die nach dem neuen Gesetz einzubehaltenden Beträge nur dann und nur insoweit angerechnet werden, als sie höher waren wie die Summe, die sich nach dem neuen Tarif ergeben würde.

Aus In- und Ausland.

Berlin. Der im März von den Polen im polnischen Korridor verhaftete und dann nach Polen verschleppte Leiter des deutschen Ausschusses in Marienwerder, Dr. von Holtum, hat durch das auswärtige Amt der polnischen Regierung eine Schadenersatzforderung in Höhe von 104 000 Mark überreichen lassen.

London. Der Bischof von London, Francis Brode, wurde auf dem Bahnhof Beckland Row entkommen, als er den Zug besteigen wollte. Der Täter ist unbekannt.

Sofia. Die Griechen haben die Truppen Jasar Tanaz vollständig geschlagen. 15 000 Türken haben auf der Flucht die bulgarische Grenze überschritten und sind entwaffnet und interniert worden.

Welt- und Volkswirtschaft.

Der Stand der Mark.

Die nachstehende Tabelle besagt, wieviel Mark für 100 Gulden, dänische, österreichische, ungarische oder tschechische Kronen, Schweizer und französische Frank und Lire, sowie für 1 Dollar und 1 Pfund Sterling gezahlt wurden. („Brief“ = angeboten; „Geld“ = gesucht.)

Währungspläne	30. 7.		29. 7.		Stand 1. 8. 14
	Geld	Brief	Geld	Brief	
Holland . . . Gulden	1456	1459	1458	1459	170. 23
Dänemark . . . Kronen	684.30	685.70	671.30	673.20	112
Schweden . . . Frank	720.25	721.75	—	—	72
Amerika . . . Dollar	42.20	42.30	41.82 1/2	41.92 1/2	4.40
England . . . Pfund	157.80	158.20	157.80	158.20	20.20
Frankreich . . . Frank	321.65	322.35	—	—	80
Italien . . . Lire	225.75	227.25	227.75	227.75	80
Österreich . . . Kronen	24.57	24.43	24.72	24.78	85
Ungarn . . . Kronen	24.47	24.53	24.72	24.78	85
Tschechien . . . Kronen	84.40	84.00	84.52 1/2	84.72 1/2	85

Berliner Produktienverkehr. Amlich festgestellte Preise der Berliner Produktienbörse am 30. Juli: Safer per 100 Kilogramm auf Abladung 2460 bis 2550 Mark ab Station. Tendenz behauptet.

Nichtamtlich sind folgende Preise ermittelt, alles für 50 Kilogramm ab Station: Erbsen, Viktoriaerbsen 150—185 Mark, gelbe und grüne Erbsen 100—130 Mark, Reisfinken 80—95 Mark, Ackerbohnen 100—120 Mark, Bienen 75—95 Mark, Lupinen, blaue 45—63 Mark, gelbe 55—78 Mark, Serradella 40—50 Mark, Bienenheu, lose, neues 19—20 Mark, Kleeheu 9—10 1/2 Mark, gebündelt 7—7 1/2 Mark, Stroh, drabgepreßt — Mark, gebündelt — Mark, Trodenschnitt 80—82 Mark, Batani Stiefen 89—92 Mark.

*** Der Wochenanweis der Reichsbank vom 23. Juli** zeigt eine Zunahme des Banknotenumlaufes um 136,4 auf 53 983,1 Millionen Mark und eine Abnahme des Gesamtumlaufes an Darlehnskassenscheinen um 176,7 auf 13 164,8 Millionen Mark. Die eigenen Bestände der Reichsbank an Darlehnskassenscheinen wuchsen auf 17 212,3 Millionen Mark.

*** Ermäßigung der Braunkohlenpreise.** Nach einer Entschliessung des Reichskohlenrates werden mit Wirkung vom 1. August mitteldeutsche und ostelbische Bricketts um 18 Mark für die Tonne im Preise ermäßigt. Für Nordbraunkohle gleicher Herkunft tritt ein Abschlag von 9 Mark für die Tonne ein. Der Preis für rheinische Bricketts wird um 12 Mark und derjenige für Nordbraunkohle um 6 Mark für die Tonne herabgesetzt.

*** Das Reich gegen einzelstaatliche Freigabe der Wirtschaft.** Im badischen Landtag wurde der Ausschussantrag über die Aufhebung der Zwangswirtschaft und die Richtlinien über den Abbau der Preise einstimmig genehmigt. Der Minister des Innern erklärte, daß die Reichsregierung sich mit der Aufhebung der Zwangswirtschaft in Baden nicht einverstanden erklärt und bereits Repressalien angekündigt habe. Die Reichsjustizstelle hat es vor allem nicht für nötig gehalten, für Baden Kartofeln aus Norddeutschland anzuweisen.

